

10. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 06.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Erste Bürgermeister begrüßt die Mitglieder des Umwelt- und Energieausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die Zuhörer zur öffentlichen Sitzung und eröffnet diese.

Widerspruch gegen die Tagesordnung seitens der Gemeinderäte ist nicht erfolgt.

62 7 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Umwelt- und Energieausschusses gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

Eine Beschlussfassung war nicht veranlasst.

Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 30.01.2012

63 7 Beschluss: 7 : 0

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 30.01.2012 wurde den Ausschussmitgliedern mit der Sitzungseinladung vom 25.10.2012 übergeben. Einwendungen wurden nicht erhoben. Damit gilt die Niederschrift des Umwelt- und Energieausschusses gemäß Art. 54 Abs. 2 GO i. V. mit § 23 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat für die Amtszeit von 2008 bis 2014 als genehmigt.

Schutz der Bäume, die im Bebauungsplan bzw. Freiflächengestaltungsplan als erhaltenswert aufgeführt sind; hierzu der Antrag der Familie Sarnes auf Fällung eines Baumes im Umgriff des Bebauungsplans Unterföhring-Süd

Bäume erfüllen, insbesondere im innerörtlichen Bereich, vielfältige und wichtige Funktionen für den Natur- und Klimaschutz und die Gestaltung des Ortsbildes. Durch die Erhaltung und den Schutz des Baumbestandes werden diese Funktionen gewährleistet. Zum Schutz der Bäume hat die Gemeinde Unterföhring 2009 eine Baumschutzverordnung erlassen. Sie gilt innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und regelt den Schutzgegenstand, die Schutzbestimmungen sowie die Gründe zur Entfernung von Bäumen. Laubbäume, die einen Stammumfang von 100 cm überschreiten, dürfen demnach nur gefällt werden, wenn entsprechende Gründe dafür vorliegen, die in einem Fällungsantrag dargelegt werden müssen. Genehmigungsfrei sind nur fachgerecht durchgeführte Unterhaltungs- und Pflegemaßnahmen am Baumbestand (z.B. Rückschnitt, Auslichtungsschnitt). Dabei ist das Kappen der Baumkrone nicht zulässig.

10. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 06.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Neben der Baumschutzverordnung, die ja nur für Bäume ab 100 cm Stammumfang gilt, gibt es auch noch den grundsätzlichen Schutz aller Bäume durch baugesetzliche Bestimmungen, z.B. § 9 Abs. 1 Nr. 15, 20, 24, 25 BBauG, Art. 3 Abs. 2 BayNatSchG und Art. 91 BayBO. Auszüge: „Bäume sind zu pflanzen und zu erhalten“ und „auf den nicht überbauten Flächen der bebauten Grundstücke dürfen Bäume nicht beseitigt oder beschädigt werden.“

Diese Bestimmungen sind seit vielen Jahren Bestandteil der Bebauungspläne, auch in Unterföhring-Süd. Darin wird genau geregelt, welche Bäume wo gepflanzt werden. Auch die Erhaltung und Pflege der Pflanzung wird im Bebauungsplan genau festgelegt: „Sämtliche Pflanzungen sind vom jeweiligen Grundstückseigentümer im Wuchs zu fördern, zu pflegen und vor Zerstörung zu schützen. Ausgefallene Gehölze sind artengleich zu ersetzen.“ Von großer Bedeutung insbesondere für die Fällungsanträge ist auch, dass die tatsächlichen Pflanzorte nicht metergenau mit den geplanten übereinstimmen müssen.

Mit zunehmendem Alter werden die Bäume auch in Unterföhring-Süd immer größer und damit nehmen auch die Beschwerden der Anwohner zu, die sich durch die Beschattung und den Laubfall gestört fühlen (siehe Fällungsantrag der Familie Sarnes). In der Regel sind diese Bäume noch nicht so groß, dass sie durch die Baumschutzverordnung geschützt wären. Hier müsste also der Baumschutz durch den Bebauungsplan wirken, der nach Meinung des Umweltamtes durch den Umweltausschuss grundsätzlich bestätigt werden sollte.

Der Antrag der Familie Sarnes betrifft die Fällung eines Baumes, der auf dem öffentlichen Spielplatz am Dorfangerweg steht und im Bebauungsplan Unterföhring-Süd festgesetzt ist. Der Aktenvermerk des Umweltamtes vom 23.04.2012 hierzu wurde den Ausschussmitgliedern mit der Sitzungseinladung zugestellt.

64 7 Beschluss: 7 : 0

Aufgrund der Festsetzungen in den jeweiligen Bebauungsplänen sind Bäume entsprechend geschützt. Die Bäume sind daher zu erhalten. Eingriffe in den Bestand, wie z.B. Fällungen oder Maßnahmen, die die Vitalität des Baumes schädigen, sind zu unterlassen. Ausgenommen davon sind die fach- und sachgerechten Pflegemaßnahmen.

Der Antrag der Familie Sarnes auf Fällung eines Baumes auf dem Spielplatz Dorfangerweg wird abgelehnt, weil die Beschattung des Baumes alleine kein Grund ist, den im Bebauungsplan festgesetzten Baum zu entfernen.

Az.: 6317, 6102
3.0, 3.3

Aktualisierung der Baumschutzverordnung

In der Baumschutzverordnung der Gemeinde vom 1. April 2009 ist unter § 6 Abs. 4 folgende Bestimmung für diejenigen Antragsteller aufgeführt, die den gefälltten Baum nicht auf ihrem Grundstück ersetzen können (Ausgleichszahlung):

(4) Ist in den Fällen der Absätze 2 und 3 eine Ersatzpflanzung nicht möglich oder zumutbar, kann eine Ausgleichszahlung gefordert werden, deren Höhe sich nach den Kosten richtet, die für eine angemessene Ersatzpflanzung auf öffentlichen Grünflächen erforderlich ist. Die Ausgleichszahlung ist zweckgebunden für die Neupflanzung von Bäumen zu verwenden.

Laut Schreiben des Bayerischen Gemeindetages vom 09.10.2012 hat das Verwaltungsgericht München in seinem Urteil vom 12.10.2009 diese Festlegung wegen Verstoßes gegen den Bestimmtheitsgrundsatz für unwirksam erklärt. Das Schreiben wurde den Ausschussmitgliedern mit der Sitzungseinladung zugestellt. Nach Ansicht des Gerichts müsse die Baumschutzverordnung für den Bürger erkennbare Kriterien enthalten, in welcher Höhe er zu einer Ausgleichszahlung herangezogen werden kann. Folglich muss entweder ein konkreter Betrag für die Ausgleichszahlung pro Baum oder eine Berechnungsmethode in der Verordnung enthalten sein.

Die Kosten für die Ersatzpflanzung belaufen sich auf ca. 400,- bis 600,- € pro Baum, zuzüglich Pflanzkosten in Höhe von ca. 150,- € (siehe Kostenliste).

Aufgrund der unterschiedlichen Pflanzkosten wird von einem Pauschalbetrag abgeraten, da dieser dann in einigen Fällen höher ist als die tatsächlichen Kosten. Besser wäre es, wenn sich die Ausgleichszahlung konkret an der Baumart gemäß Kostenliste bemisst. Die Kostenliste wird der Baumschutzverordnung als Anlage 2 beigelegt.

65 7 Beschluss: 6 : 1

§ 6 Abs. 4 der Baumschutzverordnung wird wie folgt geändert:

Ist in den Fällen der Absätze 2 und 3 eine Ersatzpflanzung nicht möglich oder zumutbar, kann gemäß Kostenliste (Anlage 2 zur Baumschutzverordnung) eine Ausgleichszahlung in der jeweiligen Höhe vom Antragsteller gefordert werden. Die Ausgleichszahlung ist zweckgebunden für die Neupflanzung von Bäumen zu verwenden. Über die Baumart und den Pflanzort entscheidet das Umweltamt.

Az.: 0281
3.0, 3.3, 2.0

10. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 06.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Registrierung der Gemeinde als gentechnikfreie Kommune

An den Beschluss des Umweltausschusses vom 30.10.2008 wird erinnert. Die Unterföhringer Landwirte sollten gebeten werden, sich freiwillig dazu zu verpflichten, kein gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzgut zu verwenden. Auf allen gemeindeeigenen Ackerflächen, die neu zur Verpachtung anstehen, sollte ab dem Zeitpunkt im Pachtvertrag der Anbau von gentechnisch verändertem Saat- und Pflanzgut untersagt werden. Die Nachbargemeinden sind davon zu informieren.

Am 19.04.2010 wurde in der Umweltausschusssitzung bekannt gegeben, dass bis zu diesem Zeitpunkt fünf Landwirte die Selbstverpflichtungserklärung unterschrieben haben. Dabei ist auch bis heute geblieben.

Die Gemeinde Ismaning hat im Juli dieses Jahres beschlossen, die Gemeinde als „gentechnikfreie Kommune“ beim Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit registrieren zu lassen. Voraussetzung dafür ist, dass sich die Gemeinde dazu bekennt, eigene Flächen gentechnikfrei zu bewirtschaften. Bei allen anderen Flächen soll sich die Gemeinde bemühen.

Die Gemeinde möchte daher einen erneuten Appell an alle Unterföhringer Landwirte richten, sich an dem Projekt zu beteiligen.

66 7 Beschluss: 7 : 0

Die Gemeinde Unterföhring soll sich beim Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit als gentechnikfreie Kommune registrieren lassen. Es ist daher sicherzustellen, dass die gemeindeeigenen Flächen gentechnikfrei bewirtschaftet werden. Zusätzlich dazu soll die Bewirtschaftung aller anderen landwirtschaftlichen Flächen im Gemeindegebiet gentechnikfrei erfolgen. Alle Unterföhringer Landwirte und die externen Pächter werden daher aufgefordert, sich an der Aktion zu beteiligen und eine entsprechende Selbstverpflichtungserklärung zu unterschreiben.

Az.: 710
3.30, 3.0, 1.0

Antrag der Agenda'21 auf Ausgestaltung naturnaher Flächen mit Lehm- mieten

Gemäß Antrag der Agenda 21 vom 01.10.2012 möge der Gemeinderat folgendes beschließen: „Zur Ausgestaltung naturnaher Flächen werden zwei Lehmmieten in Absprache mit dem Umweltamt und der Agenda 21 angelegt. Vorzugsweise wird dafür geeignetes Material aus Bauvorhaben genommen.“

10. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 06.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Antrag wurde den Ausschussmitgliedern mit der Sitzungseinladung zugestellt. Der Antrag wird im Unterausschuss behandelt, da gemäß Anlage 1 zur Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Unterausschuss beschließend tätig sein kann in Umweltfragen, die Aufwendungen von 50.000 € nicht überschreiten und der Bürgermeister aus grundsätzlichen Erwägungen die Sachbehandlung im Gemeinderat nicht für erforderlich erachtet.

Der Antrag wird vom Umweltamt begrüßt, da vegetationsfreie Lehmhaufen sehr wichtig sind für Schwalben, Insekten und Schmetterlinge. Während Lehm das Baumaterial für die Schwalbennester liefert, dient er gleichzeitig den Wildbienen als Bruthöhle und versorgt zahlreiche Insekten und Schmetterlinge mit wichtigen Mineralien und Spurenelementen. Das Ortsgebiet der Gemeinde liegt auf einer mächtigen Lehmzunge und vor einigen Jahren noch war es den Tieren aufgrund der vielen Baumaßnahmen (z.B. Bürgerhaus, Sky, Unterföhring-Süd) immer möglich, ausreichend Nachschub zu finden. Inzwischen jedoch sind die meisten Baumaßnahmen abgeschlossen und die offenen Stellen bepflanzt. Zur Erhaltung der Artenvielfalt fehlen daher offene Lehmflächen. Aus diesem Grund wäre es durchaus sinnvoll, am Rand der Bebauung den einen oder anderen Lehmhaufen zu errichten und von der Vegetation frei zu halten, z.B. im hinteren Bereich des Rodelhügels / Naturlehrpfads, auf dem Gelände der Kinder- und Jugendfarm oder südlich des Allianz-Gebäudes.

67 7 Beschluss: 7 : 0

Dem Antrag der Agenda'21 wird zugestimmt. In Absprache mit dem Umweltamt werden an geeigneten Stellen Lehmmieten am Ortsrand angelegt und zukünftig auch von der Vegetation frei gehalten. Das Material sollte nach Möglichkeit aus den örtlichen Bauvorhaben stammen.

Az.: 1734
3.0, 3.3

Wertstoffsammelstelle in der Straßäckerallee; weiteres Vorgehen

An die Bekanntgabe im Gemeinderat vom 12.05.2011 wird erinnert. Es wurde darin mitgeteilt, dass die Container in der Hofäckerallee aufgrund eines Rechtsstreits mit der Firma Böck bis auf weiteres nicht benutzt werden können. Stattdessen wurden in der Straßäckerallee, auf dem Parkplatz der Kinderkrippe 3, Papier- und Glascontainer aufgestellt. Ursprünglich war geplant, dass der Standort nur als Alternative zur Hofäckerallee eingerichtet wird.

10. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 06.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Im Erschließungsvertrag Unterföhring-Süd II. Planungsabschnitt (Teilgebiet B) wurde vereinbart, dass am Lohwiesenweg eine komplette Wertstoffsammelstelle für Papier und Glas eingerichtet wird und zwar am Nordrand des öffentlichen Bolzplatzes. Nach Aussage des technischen Bauamts wird die Sammelstation im Sommer 2013 realisiert werden.

Aufgrund des starken Zuzugs in den letzten beiden Jahren werden mittlerweile beide Standorte stark frequentiert. Das Umweltamt stellt daher den Antrag, die Sammelstation in der Straßäckerallee bis zur Fertigstellung des neuen Standortes am Lohwiesenweg beizubehalten. Um eine bessere Reinigung des Containerplatzes zu ermöglichen, soll die Fläche mit Gehwegplatten befestigt werden. Die Arbeiten werden durch unseren Bauhof durchgeführt.

68 7 Beschluss: 7 : 0

Der ursprünglich als Alternativstandort für die Hofäckerallee errichtete Containerstandort in der Straßäckerallee (Parkplatz Kinderkrippe 3) wird zur Entlastung der bestehenden Wertstoffsammelstellen bis zur Fertigstellung des Standortes im Bereich Lohwiesenweg / Straßäckerallee beibehalten. Der Bauhof wird mit der Pflasterung der Fläche beauftragt. Nach Inbetriebnahme der Wertstoffsammelstelle im Bereich Lohwiesenweg / Straßäckerallee, voraussichtlich im Sommer 2013, werden die Container an der Kinderkrippe abgezogen und die Pflasterung entfernt.

Az.: 1764
3.3, 3.2

Installation einer Videoüberwachung am Eingang des Wertstoffhofes

An den Umweltausschussbeschluss vom 15.10.2009, Nr. 36, wird erinnert. Damals wurde aufgrund häufiger Diebstähle eine Videoüberwachung des gesamten Wertstoffhofgeländes diskutiert. Da die Kosten einer Videoüberwachung aber in keinem Verhältnis zum entstandenen Schaden standen, wurde damals auf eine Überwachung des Geländes verzichtet.

Laut Aussage der Firma Rauscher und ihres Mitarbeiters, Herrn Weber, ist in den letzten Wochen fast an jedem Tag Abfall z.T. in größeren Mengen vor dem Eingang des Wertstoffhofes abgelagert worden. An manchen Tagen lag so viel Sperrmüll vor dem Tor, dass dieses nicht mehr geöffnet werden konnte. Wenn die Mitarbeiter nicht kulanter Weise 20 Minuten vor ihrem eigentlichen Arbeitsbeginn gekommen wären, wäre an den Tagen keine pünktliche Öffnung möglich gewesen.

10. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 06.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Eine an der Halle angebrachte Kameraattrappe hat bisher keine abschreckende Wirkung gezeigt. Auch verstärkten Kontrollfahrten durch die Polizei Ismaning waren bisher erfolglos.

Um Abfallablagerungen zu verhindern oder um die Verursacher der Ablagerungen überführen zu können, gibt es nur die Möglichkeit, den Eingangsbereich mit einer Videokamera zu überwachen.

Nach Artikel 21 a Bayerisches Datenschutzgesetz ist eine Videoüberwachung möglich, wenn dies zur Ausübung des Hausrechts erforderlich ist, eine Freigabe durch den internen Datenschutzbeauftragten erfolgt ist (zur Zeit noch in Arbeit) und auf die Aufzeichnungen durch Hinweisschilder deutlich hingewiesen wird. Eine Beeinträchtigung unbeteiligter Dritter ist nicht gegeben, wenn darauf geachtet wird, dass die Kameras den vorbeifahrenden Verkehr nicht mitfilmen.

Laut Angebot der Firma Gmyrek Elektronik GmbH, Braunsbedra-Neumark, vom 19.10.2012 belaufen sich die Kosten für zwei Kameras incl. Rekorder auf 715,92,- € inkl. MwSt. Dazu kommen noch die Kosten für die Montage und evtl. Nebenkosten, wie z.B. Drucker. Die Videotechnik der Firma bietet die Möglichkeit einer sog. „Privatzonenmaskierung“, d.h. dass der Videobereich genau eingestellt werden kann. Die Straße wird dabei nicht mitgefilmt, was für den Datenschutz gefordert wird. Des Weiteren kann die Aufnahmezeit genau auf die gewünschte Zeitraum eingestellt werden, in dem Fall außerhalb der Öffnungszeiten und die Aufnahmen können automatisch nach einigen Tagen gelöscht werden.

69 7 Beschluss: 7 : 0

Um weitere illegale Abfallablagerungen vor dem Tor des Wertstoffhofes zu verhindern oder gegebenenfalls die Verursacher der Ablagerungen zu ermitteln, werden nach Vorliegen der Freigabe des internen Datenschutzbeauftragten im Eingangsbereich zwei Video-Überwachungskameras der Firma Gmyrek, Braunsbedra-Neumark, gemäß Angebot vom 19.10.2012 angebracht. Die Kosten für die Kameras belaufen sich laut Angebot der Firma vom 19.10.2012 auf 715,92 € inkl. MwSt. Dazu kommen noch die Kosten für die Montage und evtl. Nebenkosten, wie z.B. PC, Drucker. Bei der Videoüberwachung ist aus Datenschutzgründen darauf zu achten, dass die Straße nicht mit aufgenommen wird und dass während der Öffnungszeiten keine Aufnahmen erfolgen.

Az.: 1763
3.30; 3.0; 2.0

10. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 06.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Franz Schwarz
Erster Bürgermeister

Otto Kraus
Schriftführer